

Die Weltwirtschaftskrise 1929-33 - und heute?

von Georg Quaas

Die Panikverkäufe an der New Yorker Börse, die am 24. Oktober 1929 begannen, können als Ausgangspunkt der Weltwirtschaftskrise (1929-33) angesehen werden. Nach Hardach (2000) ging diesem Ereignis jedoch eine „Vielzahl von nationalen zyklischen Krisen“ voraus, „die sich durch den Zusammenbruch des Welthandels und des internationalen Kreditsystems zu einer weltweiten Katastrophe verdichteten.“ Die Vereinigten Staaten waren aus dem Ersten Weltkrieg nicht nur politisch als Hegemonialmacht hervorgegangen, sondern hatten auch ihre ökonomische Stellung im internationalen System gestärkt: Der Verlierer Deutschland (Reparationszahlungen), aber auch die Alliierten (Kriegskredite) waren (untereinander und) bei den Amerikanern tief verschuldet. Diese machten es den anderen Ländern durch ihre Zollpolitik nicht gerade leicht, Schulden durch Exporte zurückzuzahlen. Der US-amerikanische Protektionismus der 20er Jahre war bereits die Reaktion auf eine sektorale Krise, die vor allem in einer anhaltenden Überproduktion in der Landwirtschaft und den national und international fallenden Rohstoff- und Lebensmittelpreisen bestand (Kindleberger): Viele Farmer reagierten darauf mit Rationalisierungsinvestitionen, für die sie sich bei den Banken hoch verschuldeten. Der Rest der amerikanischen Wirtschaft war jedoch in einem recht guten Zustand: Die USA hatten einen Anteil von ca. 42% an der Weltindustrieproduktion erreicht und befanden sich gerade auf dem Höhepunkt eines konjunkturellen Aufschwunges, als 1929 die Krise einsetzte. Auslöser war 1928 der Übergang der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve Board) zu einer restriktiveren Geldpolitik, mit dem Ziel, die Börsenspekulation zu dämpfen. Unter den verteuerten Krediten litt die Realwirtschaft jedoch mehr als die Börse, die bis zum Börsensturz im Oktober – möglicherweise ausgelöst durch die Befürchtung, dass protektionistische Maßnahmen auch auf Industrieprodukte ausgedehnt werden sollen - optimistisch blieb. Banken, die die Spekulation an der Börse mit finanziert hatten, mussten zusehen, wie sich durch den Kursverfall der Aktien ihre Kredite in Rauch auflösten, und gingen nicht selten pleite. Durch die Geldknappheit verteuerten sich neue Kredite noch mehr, so dass Investitionen nicht getätigt wurden und das Geschäftsklima umschlug. Fallende Preise trieben Firmen in den Bankrott, die am Markt zu wenig verdienten, um Zins und Tilgung zahlen zu können. Die Arbeitslosigkeit stieg von Jahr zu Jahr, schließlich bis auf 25%. Von 1929 bis 1932 sank das Kursniveau der Börse auf 17% des Standes vor dem Börsencrash (Hardach). Das reale Nationaleinkommen der USA fiel innerhalb von drei Jahren etwa auf den Stand vom Anfang der 20er Jahre zurück.

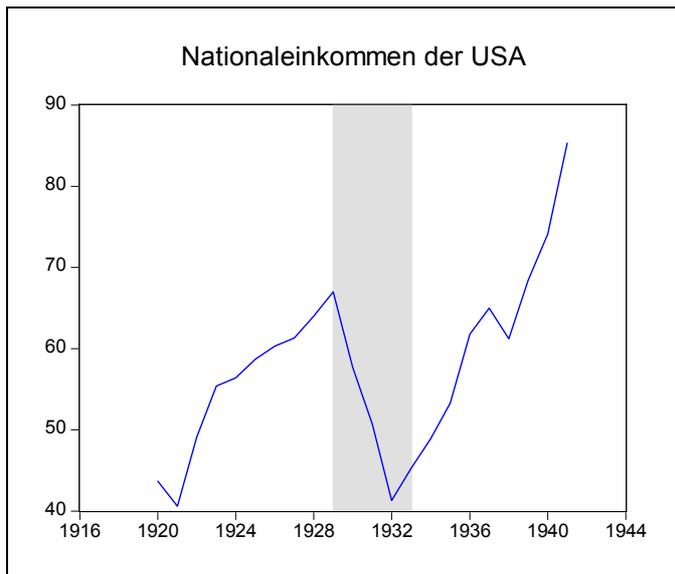


Abb. 1: Nationaleinkommen der USA 1920-1941 in Mrd. Dollar (Preisbasis 1934); schraffierte Fläche: Weltwirtschaftskrise; Quelle der Daten: Lawrence R. Klein: Economic Fluctuations in the United States 1921-1941. New York / London 1950.

Verschärft und unnötig in die Länge gezogen wurde die Krise durch das herrschende ökonomische Dogma. Trotz Exportüberschüssen sollte die heimische Wirtschaft durch weitere Zölle (1930) vor den Billigprodukten des Auslands geschützt werden. Das führte zu entsprechenden Gegenreaktionen der anderen Staaten und damit zu einem Handelskrieg, der sich in einem beträchtlichen Rückgang des internationalen Handels niederschlug. Der Rückgang des Handelsvolumens der größten Wirtschaftsmacht war enorm; im Falle anderer Länder sah es zumeist noch schlimmer aus.

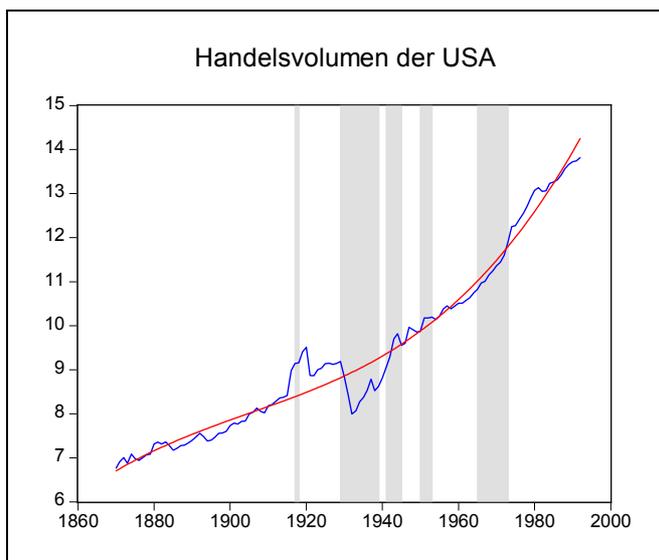


Abb. 2: Schwankungen des Handelsvolumens der USA um den mittleren Trend (Logarithmus); schraffierte Flächen: USA im 1. Weltkrieg, in der „Großen Depression“, im 2. Weltkrieg, im Koreakrieg, im Vietnamkrieg; Quelle der Daten: Katherine Barbieri, National Trade Data Set

Das Hoover-Moratorium (zum politisch-strategischen Hintergrund vgl. Schmidt) von 1931, nach dem Reparationen und Kriegsschulden ausgesetzt wurden, entspannte zwar die Situation auf den internationalen Finanzmärkten, es reichte aber nicht aus, um die Kapitalmärkte zu stabilisieren. Zu den damals herrschenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen gehörte auch ein ausgeglichener Staatshaushalt. Ausgaben zum Ankurbeln der Konjunktur passten nicht in dieses Konzept. „Krisenverschärfend wirkte auch, dass die Notenbank nicht bereit war, in den Bankenkrisen von 1931-32 und 1933 das Bankensystem zu stützen.“ (Hardach) Und schließlich kamen Trockenheit, Bodenerosion und Missernten hinzu, die bis 1936 anhielten und zu einer Migration der ländlichen Bevölkerung in die Städte führte, in denen Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit das Bild prägten.

Eine Wende wurde von dem 1933 ins Amt eingeführten Präsidenten Franklin D. Roosevelt eingeleitet, der bereits in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriff, die die ganze Breite der Wirtschaft betrafen und mit dem politischen Schlagwort „New Deal“ bezeichnet werden: Das Spektrum reicht von einer Stabilisierung des Bankensektors über konjunkturpolitische Maßnahmen wie Arbeitsbeschaffungs- und groß angelegte Investitionsprogramme, eine flexiblere Währungs- und Außenhandelspolitik bis hin zur Armutsbekämpfung. Diese Politik riss unfreiwillig riesige Löcher in den Bundeshaushalt, die 1935 – mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage – wieder gestopft werden sollten. Das verursachte zwischen 1937 und 1938 eine neue Krise, deren Überwindung dann in einen Wiederaufstieg der amerikanischen Wirtschaft durch den Eintritt in den zweiten Weltkrieg mündet. Am Ende des „New Deal“ (1939) betrug die Arbeitslosigkeit immerhin noch 17%. Ein wesentliches Element der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik war die Stützung der Preise durch Monopole und Kartelle, wozu auch die Anerkennung gewerkschaftlicher Organisationen zählt.

Die gegenwärtige Krise des internationalen Finanzsystems ging ebenfalls von den Vereinigten Staaten aus, in denen sich Banken zwar nicht an der Börse verspekuliert, sondern – stets auf der Suche nach profitablen Anlagen – bei der großzügigen Vergabe von Krediten an finanzschwache Häuslebauer und dem Weiterverkauf der riskanten Hypotheken tickende finanzielle Zeitbomben gelegt haben, die seit 2007 irgendwo auf der Welt, aber vor allem in den USA selbst, „in die Luft fliegen“. Wie in der Weltwirtschaftskrise 1929-33 droht das Geld – ein anderes Wort für Kredit – knapp zu werden, worunter die Investitionstätigkeit der realen Wirtschaft leidet. Ähnlich ist auch der Umstand, dass einige wichtige Volkswirtschaften den Höhepunkt ihres konjunkturellen Zyklus gerade hinter sich haben, darunter Deutschland.

Ein wichtiger Unterschied der jetzt angebrochenen Rezession zur Weltwirtschaftskrise besteht darin, dass sich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen, von denen sich die maßgeblichen Regierungen leiten lassen, geändert haben – zum Teil wenigstens. Großbritanniens Labour-Regierung griff am 7. Oktober 2008 beherzt in die Finanzwirtschaft ein, nachdem selbst die konservative Bush-Administration sich für eine bislang kaum für möglich gehaltene Stützung des privaten Bankensektors durch den Staat entschieden hatte. Ein Vergleich mit der Situation von 1929 zeigt aber auch, dass sich die Finanzkrise zwar mit einigen nationalen Wirtschaftskrisen verflücht, die Politik aber wenig Neigung zeigt, auch in dieser Hinsicht entschlossen einzugreifen. Womöglich sind die Umstände zu sehr von denen der Weltwirtschaftskrise verschieden, wodurch die Situation insgesamt

gesehen als weniger bedrohlich eingeschätzt wird. Neben den Vereinigten Staaten haben sich weitere starke Wirtschaftszentren herausgebildet – ein Fakt, der für sich genommen schon stabilisierend wirkt –, von denen, wenn man auf China blickt, zumindest eines finanziell gut dasteht. Eine Neuauflage des Handelskrieges ist momentan nicht zu erwarten; zwar ist der Protektionismus nicht tot, schädigt aber vor allem Staaten mit geringem Einfluss auf die Weltwirtschaft. Bislang ging das Wachstum des Welthandelsvolumens jedenfalls nur tendenziell zurück. Der Wille zur Kooperation zwischen den führenden Industriestaaten ist vorhanden, auch wenn man zweifeln darf, dass die wohlklingenden Absichtserklärungen zu einschneidenden Änderungen am internationalen Finanzregime führen werden. Einen Goldstandard, der die Weltwirtschaftskrise 1929-33 mit herbei geführt haben mag, auf jeden Fall aber verschärfte (Kindleberger), gibt es nicht mehr, statt dessen flexible Wechselkurse zwischen den Währungen der großen Wirtschaftszentren. Ein umfassender Preisverfall, der viele Unternehmen in die Pleite treiben könnte, ist nicht in Sicht, auch wenn die Zurückhaltung der Konsumenten in diese Richtung wirkt. Blickt man jedoch auf die Börse, so ist der Kursverfall beträchtlich: der deutsche Aktienindex fiel innerhalb eines knappen Jahres um mehr als 40%.

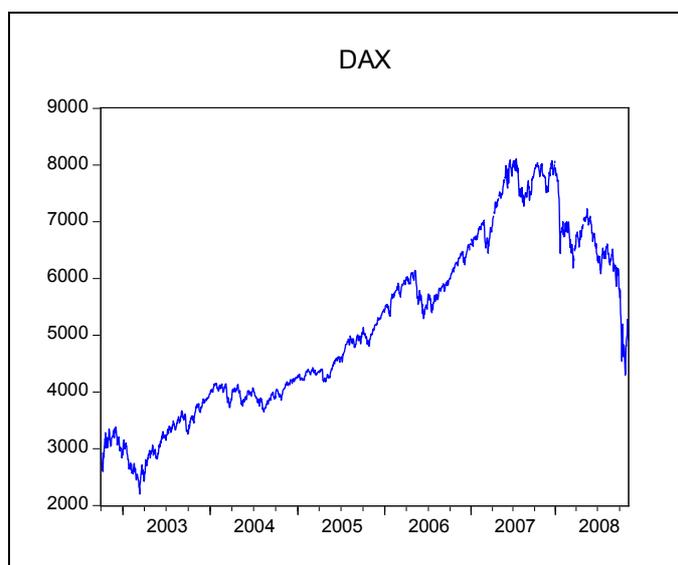


Abb. 3: Deutscher Aktienindex; Daten: www.boerse.de, Finanzportal GmbH, Historie täglich

Der weitere Verlauf der Krise wird wesentlich vom entschlossenen Verhalten der Politik abhängen. Mit Blick auf das deutsche Konjunkturpaket „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ darf man sagen, dass die Bundesregierung ihrem Sparkurs nach wie vor Priorität einräumt, indem sie zwar großzügig Kredite einräumt, ansonsten aber zurückhaltend agiert. Mit der Wahl von Barack Obama zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten besteht die reale Chance, die Gefahr von weltweit ausstrahlenden Finanzkrisen weiter einzudämmen. Das ist auch dringend nötig, weil eine Politik des billigen Geldes der Spekulation nur wieder neue Nahrung liefern könnte.

Literatur:

Brost, Marc / Schieritz, Mark (2008): Wer rettet die Konjunktur? In: DIE ZEIT 2008/44, S.25

Hardach, Gerd (2000): Die Große Depression in den USA 1929-1939. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde, Jg. 30, Nr.1, Wien, S. 8-16

Holtferich, Carl-Ludwig (1994): Weltwirtschaftskrise und Außenhandel - Forschungsstand und Forschungsaufgaben. In: Otto Büsch/Peter-Christian Witt (Hrsg.): Internationale Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise. Berlin 1994. S.53-69

Kindleberger, Charles P. (1973): The World in Depression 1929-1939

Schmidt, Gustav (1994): Internationale Politik in der Weltwirtschaftskrise. In: Otto Büsch / Peter-Christian Witt (Hrsg.): Internationale Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise. Berlin. S.27-52

Erschienen in: E&W Sachsen. Zeitschrift des Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB. Dezember 2008. S.8-10